

## Vergabeunterlagen

Vergabeverfahren:

**Ausschreibung des Ministeriums für Bildung des Landes Sachsen-Anhalt für die betriebsärztliche Betreuung einschließlich Arbeitspsychologie und Prävention sowie die sicherheitstechnische Betreuung des Landespersonals an Schulen in öffentlicher Trägerschaft im Land Sachsen-Anhalt einschließlich deren Wohnheimen soweit diese in Trägerschaft des Landes Sachsen-Anhalt sind.**

Kurzbezeichnung: „Arbeitsmedizinische und arbeitssicherheitstechnische Betreuung von Landesbediensteten an Schulen in öffentlicher Trägerschaft im Land Sachsen-Anhalt“

Offenes Verfahren gemäß § 15 VgV

Vergabenummer: MB-33-2026/1

Magdeburg, 12. Mai 2026

## 1. Vorbemerkungen

Für die Betreuung des Landespersonals an Schulen in öffentlicher Trägerschaft im Land Sachsen-Anhalt einschließlich deren Wohnheimen soweit diese in Trägerschaft des Landes Sachsen-Anhalt sind, sind gemäß DGUV Vorschrift 2, Anlage 2 in der aktuellen Fassung die betriebsärztliche und arbeitssicherheitstechnische Gesamtbetreuung zur Wahrnehmung der in den §§ 3 und 6 des Gesetzes über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit (ASiG) vom 12. Dezember 1973 sowie §§ 3 bis 6 des Gesetzes über die Durchführung von Maßnahmen des Arbeitsschutzes zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Beschäftigten bei der Arbeit (Arbeitsschutzgesetz - ArbSchG) vom 7. August 1996 in den jeweils geltenden Fassungen bezeichneten Aufgaben zu vergeben.

Gegenwärtig sind an den 769 öffentlichen Schulen des Landes 19.400 Beschäftigte beschäftigt.

## 2. Vorhaben

Gegenstand der Ausschreibung ist die Durchführung der betriebsärztlichen und sicherheitstechnischen Betreuung gemäß folgenden Vorschriften:

- Arbeitssicherheitsgesetz (ASiG)
- DGUV Vorschrift 2
- Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG)
- einschlägige Verordnungen (z. B. ArbMedVV, BetrSichV, GefStoffV)

Der Vertrag sieht eine Laufzeit vom 1. August 2026 bis zum 31. Dezember 2030 vor und enthält eine einmalige Verlängerungsoption um zwei Jahre.

Die zu vergebenden Leistungen werden in zwei Fachlose aufgeteilt:

- **Los 1:** Betriebsärztliche Betreuung einschließlich Arbeitspsychologie und Prävention des Landespersonals an Schulen in öffentlicher Trägerschaft im Land Sachsen-Anhalt.
- **Los 2:** Sicherheitstechnische Betreuung des Landespersonals an Schulen in öffentlicher Trägerschaft im Land Sachsen-Anhalt.

Auftraggeber ist das Ministerium für Bildung des Landes Sachsen-Anhalt als Oberste Schulbehörde gemäß § 82 Abs. 2 Schulgesetz. Dieses wird vertreten durch den für die betriebsmedizinische und arbeitssicherheitstechnische Betreuung des Landespersonals an Schulen in öffentlicher Trägerschaft im Land Sachsen-Anhalt zuständigen Referatsleiter/Referatsleiterin. Der Auftraggeber behält sich die Letztentscheidung von Fragen der strategischen Steuerung vor, dazu zählen insbesondere inhaltliche Schwerpunktsetzungen, die Weiterentwicklung und Festlegungen zur Budgetverteilung.

Die Vergabe erfolgt im Wege des offenen Verfahrens gem. § 15 VgV.

Es wird eine unbeschränkte Anzahl von Unternehmen zur Abgabe von Angeboten aufgefordert.

Um den Bietern eine fundierte Angebotskalkulation zu ermöglichen, besteht die Möglichkeit, im Vorfeld der Angebotsabgabe Besichtigungen ausgewählter Schulen durchzuführen.

Folgende Einrichtungen stehen hierfür exemplarisch zur Verfügung:

- Eine Grundschule mit 1-Feld-Sporthalle und Schulsportplatz
- Eine Förderschule
- Eine berufsbildende Schule

Die Besichtigungstermine werden auf Anfrage der Bieter individuell vereinbart und ermöglicht. Interessierte Bieter werden gebeten, ihren Besichtigungswunsch rechtzeitig schriftlich mitzuteilen.

Die Teilnahme an einem Besichtigungstermin ist **nicht** verpflichtend.

### **Eignungskriterien sind die folgenden:**

#### **Los 1:** Betriebsärztliche Betreuung

- Fachliche Eignung: Die eingesetzten Ärzte müssen berechtigt sein, die Gebietsbezeichnung "Arbeitsmedizin" oder die Zusatzbezeichnung "Betriebsmedizin" zu führen (Qualifikation nach § 4 ASiG in Verbindung mit § 3 DGUV Vorschrift 2). Der Nachweis ist durch Vorlage von entsprechenden Zeugnissen, Zertifikaten oder anderen relevanten Dokumenten zu erbringen.
- Mindestens drei Referenzen zur Betriebsärztliche Betreuung von Landespersonal an Schulen in öffentlicher Trägerschaft im Umfang von mindestens 7.500 Beschäftigten.
- Zu den Referenzen sind jeweils Ansprechpartner des jeweiligen Auftraggebers zu benennen.
- Nachweis der Betriebshaftpflichtversicherung über 2,5 Mio. EUR (Absicherung der auftragsspezifischen Risiken) durch Vorlage der Versicherungsbestätigung inkl. Angabe des Versicherungsdeckungsumfangs sowie der -summen je Versicherungsfall und Zusicherung, dass die Haftpflichtversicherung während der gesamten Vertragslaufzeit aufrechterhalten wird.
- Nachweis, dass der Bieter nach den Rechtsvorschriften des Staats, in dem er niedergelassen ist, im Berufs- oder Handelsregister eingetragen ist (für Deutschland zulässige/einschlägige Nachweise nach Anhang XI der Richtlinie 2014/24/EU: Auszüge aus dem Handelsregister, der Handwerksrolle, dem Vereinsregister, dem Partnerschaftsregister oder dem Mitgliederverzeichnis der jeweiligen Berufskammer der Länder). Hierzu ist dem Angebot ein entsprechender, aktueller Registerauszug (bspw. aus Handelsregister) oder Auszug aus dem Mitgliederverzeichnis der jeweiligen Berufskammer der Länder (nicht älter als sechs Monate) beizufügen
- Erklärung zu Russlandsanktionen

## **Los 2: Sicherheitstechnische Betreuung**

- **Fachliche Eignung:** Die eingesetzten Fachkräfte müssen berechtigt sein, für Arbeitssicherheit die notwendige Qualifikation nach § 7 ASiG in Verbindung mit § 4 DGUV Vorschrift 2). Der Nachweis ist durch Vorlage von entsprechenden Zeugnissen, Zertifikaten oder anderen relevanten Dokumenten zu erbringen.
- Mindestens drei Referenzen zur sicherheitstechnischen Betreuung von Landespersonal an Schulen in öffentlicher Trägerschaft im Umfang von mindestens 7.500 Beschäftigten.
- Zu den Referenzen sind jeweils Ansprechpartner des jeweiligen Auftraggebers zu benennen.
- Nachweis der Betriebshaftpflichtversicherung über 2,5 Mio. EUR (Absicherung der auftragsspezifischen Risiken) durch Vorlage der Versicherungsbestätigung inkl. Angabe des Versicherungsdeckungsumfangs sowie der -summen je Versicherungsfall und Zusicherung, dass die Haftpflichtversicherung während der gesamten Vertragslaufzeit aufrechterhalten wird.
- Nachweis, dass der Bieter nach den Rechtsvorschriften des Staats, in dem er niedergelassen ist, im Berufs- oder Handelsregister eingetragen ist (für Deutschland zulässige/einschlägige Nachweise nach Anhang XI der Richtlinie 2014/24/EU: Auszüge aus dem Handelsregister, der Handwerksrolle, dem Vereinsregister, dem Partnerschaftsregister oder dem Mitgliederverzeichnis der jeweiligen Berufskammer der Länder). Hierzu ist dem Angebot ein entsprechender, aktueller Registerauszug (bspw. aus Handelsregister) oder Auszug aus dem Mitgliederverzeichnis der jeweiligen Berufskammer der Länder (nicht älter als sechs Monate) beizufügen
- Erklärung zu Russlandsanktionen

## **3. Allgemeine Informationen**

Der Auftraggeber stellt die Vergabeunterlagen und eventuelle Bieterinformationen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung über die Vergabeplattform:

**[www.dtv.de](http://www.dtv.de)**

Bewerberfragen und die Angebote sind ausschließlich über diese Plattform einzureichen. Inhaltliche Auskünfte erfolgen ausschließlich elektronisch über die Vergabeplattform.

Die Vergabestelle wird Informationen ausschließlich über diese Plattform kommunizieren.

Soweit die Vergabeunterlagen keine geschlechtsneutralen Formulierungen in Bezug auf Personen verwenden, sind diese grundsätzlich geschlechtsneutral gemeint.

#### **4. Allgemeine Vergabebestimmungen**

Das Vergabeverfahren richtet sich nach den Regelungen des GWB und der VgV in der jeweils zum Zeitpunkt der Bekanntmachung veröffentlichten aktuellen Fassung.

Die Leistungen werden im offenen Verfahren gem. § 15 VgV vergeben. Weitere Informationen ergeben sich aus den nachfolgenden Unterlagen.

Das Angebot sowie sämtliche beizubringenden Erklärungen sind in deutscher Sprache abzufassen. Die gesamte Korrespondenz mit der Vergabestelle ist in deutscher Sprache zu führen.

Vertrags- und Arbeitssprache ist Deutsch.

Für die Erstellung der Angebote oder anderer Unterlagen für diese Ausschreibung wird keine Vergütung gewährt. Angebotsunterlagen und Angebotsmuster sind auf Kosten des Teilnehmers/Bieters zuzustellen.

**Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Teilnehmers/Bieters sind ausgeschlossen. Angebote, die solche enthalten, werden ausgeschlossen.**

**Alle Angaben im Angebot haben korrekt und wahrheitsgemäß zu erfolgen. Gemäß § 124 Abs. 1 Nummer 8 GWB können unzutreffende Angaben zum Ausschluss des Teilnehmers/Bieters führen. Der Auftraggeber hat die Möglichkeit, Nachweise für die entsprechenden Angaben aufzufordern.**

**Wettbewerbsbeschränkende Absprachen führen zum Ausschluss des Teilnahmeantrags bzw. des Angebots.**

Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland. Gerichtsstand ist Magdeburg.

#### **5. Besondere Vergabebestimmungen**

Das vollständige Angebot (einschließlich aller Anlagen) ist **ausschließlich in elektronischer Form über die Vergabeplattform** abzugeben.

**Eine Abgabe von Angeboten in schriftlicher Form, per E-Mail oder per Telefax führt zum Ausschluss.**

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bieters Unklarheiten oder gibt es Rückfragen bezüglich des Verfahrens oder des Inhaltes der Ausschreibung, so hat der Bieter die Vergabestelle unverzüglich – und vor Abgabe seines Angebots – ausschließlich über die Vergabeplattform darauf hinzuweisen.

**Telefonische Anfragen oder Anfragen per E-Mail werden nicht beantwortet.**

Erfolgen Ergänzungen oder Berichtigungen zu den Vergabeunterlagen, so werden diese ebenso wie Antworten auf Fragen der Bieter rechtzeitig vor Ablauf der Teilnahmeantrags- bzw. Angebotsfrist allen Bietern über die Vergabeplattform bekannt gemacht.

## 6. Fristen

Die Frist zur Einreichung von Aufklärungsfragen zum Vergabeverfahren endet am 8. Juni 2026, 12:00 Uhr.

Die Frist für die **Einreichung des Angebotes** endet am **15. Juni 2026, 12:00 Uhr**.

**Mit diesem Angebot sind sämtliche Nachweise für die Eignungsprüfung vorzulegen.**

Für die Rechtzeitigkeit des Eingangs ist der fristgerechte Eingang des elektronischen Angebots auf der Plattform maßgebend.

**Angebote, die verspätet eingehen, werden nicht berücksichtigt, es sei denn, der Bieter weist nach, dass er die Verspätung nicht zu vertreten hat.**

Bieter sind zur Angebotsöffnung nicht zugelassen.

Es ist beabsichtigt, den Zuschlag am 7. Juli 2026 zu erteilen.

Die Zuschlags-/Bindefrist endet am 7. August 2026.

Bis zum Ablauf der Zuschlagsfrist ist der Bieter an sein Angebot gebunden; das Angebot kann in der Zeit nicht geändert oder zurückgezogen werden.

Die Vergabestelle informiert die Bieter, deren Angebot nicht berücksichtigt wird, gemäß § 134 GWB über den Namen des Bieters, dessen Angebot den Zuschlag erhalten soll und über den Grund der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebotes.

## 7. Form der Angebote

Für die Erstellung der Angebote gelten ausschließlich diese Vergabeunterlagen einschließlich der Anlagen.

**Das Angebot (einschließlich aller Unterlagen) ist auf elektronischem Weg im Vergabeportal ([www.dtv.de](http://www.dtv.de)) einzureichen.**

Die Bieter haben die Fragen zu den Eignungsanforderungen abschließend unter dem einschlägigen Gliederungspunkt zu beantworten.

Von der Vergabestelle bereitgestellte Vordrucke sind zwingend zu verwenden.

Die im Angebot gemachten Angaben und Erklärungen müssen vollständig und wahrheitsgemäß sein. Die Vergabestelle behält sich vor, fehlende Angaben und Erklärungen nachzufordern. Ein Anspruch der Bieter besteht nicht (§ 56 VgV).

Angebote, die nicht die geforderten oder gegebenenfalls nachgeforderten Erklärungen und Nachweise enthalten, werden nach § 57 Abs. 1 Nr. 2 VgV ausgeschlossen.

**Die Angebote müssen sich inhaltlich ausdrücklich auf die Vergabeunterlagen beziehen. Änderungen oder Ergänzungen an den Vergabeunterlagen (einschließlich ihrer Anlagen) sind unzulässig. Derartige Änderungen oder Ergänzungen führen zum Ausschluss des Teilnahmeantrags/Angebotes.**

Im Angebot enthaltene Unklarheiten gehen im Zweifel zulasten des Bieters. Berichtigungen, Änderungen oder Ergänzungen zum Angebot können vom Bieter nur bis zum Ablauf der Angebotsfrist vorgenommen werden.

## **8. Einzureichende Unterlagen**

Mit dem Angebot sind einzureichen:

- Formloses Anschreiben des Bieters mit Datum, Namen des Unternehmens und die Kontaktdaten des Ansprechpartners (Telefon-, Faxnummer und E-Mail-Adresse)
- Das Angebot mit ausgefülltem Preisblatt einschließlich der geforderten Konzepte
- Die für die „Eignungskriterien“ geforderten Nachweise, soweit diese nicht bereits erbracht sind
- Die unterzeichnete Eigenerklärung gemäß § 48 VgV
- Die unterzeichnete Eigenerklärung zu Ausschlussgründen, Mindestlohngesetz und Russlandsanktion
- Das ausgefüllte und unterzeichnete Formblatt „Selbstauskunft“
- Für den Fall einer Bietergemeinschaft die Abgabe einer Erklärung zur Bietergemeinschaft
- Für den Fall der Beauftragung von Unterauftragnehmern die Vorlage der Erklärungen und Nachweise
- Für den Fall der Eignungsleihe die Abgabe einer Erklärung des eignungsverleihenden Unternehmens

## **9. Nebenangebote**

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

## **10. Bietergemeinschaften**

Angebote können grundsätzlich von einzelnen Bietern oder von Bietergemeinschaften abgegeben werden.

**Unzulässig ist es, ein Angebot als Mitglied einer Bietergemeinschaft und gleichzeitig als Einzelbieter abzugeben. Weiterhin ist es unzulässig, dass sich ein Bieter an verschiedenen Bietergemeinschaften beteiligt.**

Arbeitsgemeinschaften und andere gemeinschaftliche Bieter haften gesamtschuldnerisch für die Erfüllung der angebotenen Leistungen und haben in den Angeboten sämtliche Mitglieder der Bietergemeinschaft zu benennen sowie eines ihrer Mitglieder als bevollmächtigten Vertreter für das Vergabeverfahren, den Abschluss und die Durchführung des Vertrages zu bezeichnen (Erklärung zur Bietergemeinschaft).

## **11. Unterauftragnehmer**

Der Bieter hat Art und Umfang der Leistungen anzugeben, die er an Unterauftragnehmer übertragen will, und diese zu benennen. Bei der Einholung von Angeboten von Unterauftragnehmern ist der Bieter verpflichtet, kleine und mittlere Unternehmen angemessen zu beteiligen, Unteraufträge an kleine und mittlere Unternehmen in dem Umfang zu erteilen, wie es mit der vertragsgemäßen Ausführung der Leistung zu vereinbaren ist, bei der Übertragung von Teilleistungen nach Wettbewerbsgesichtspunkten zu verfahren und dem Unterauftragnehmer insgesamt keine ungünstigeren Bedingungen – insbesondere hinsichtlich der Zahlungsweise und der Sicherheitsleistungen – zu stellen, als sie durch den Auftrag mit dem Bieter vereinbart werden.

Der Bieter wird jedoch darauf hingewiesen, dass die Weitergabe an Unterauftragnehmer der Zustimmung des Auftraggebers bedarf.

**Für den Fall, dass Unternehmen als Unterauftragnehmer beauftragt werden sollen, haben diese Unternehmen ihre Eignung nach Maßgabe der EU-Bekanntmachung und der Vergabeunterlagen mittels Eigenerklärungen und den geforderten Nachweisen nachzuweisen, soweit sich der Bieter auf seine Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung, wirtschaftliche und finanzielle oder technische und berufliche Leistungsfähigkeit beruft.**

## **12. Geheimhaltung, Datenschutz, Informationssicherheit, Vertraulichkeit**

Auftraggeber und Bieter verpflichten sich, im Rahmen des Vergabeverfahrens erlangte Informationen vertraulich zu behandeln.

Alle Unterlagen, die dem Bieter im Zusammenhang mit dem Verfahren überlassen werden, dürfen ohne Zustimmung der Vergabestelle nicht für andere Zwecke verwendet werden.

Der Bieter hat sämtliche Bestandteile seines Angebots, die Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse beinhalten, als solche zu kennzeichnen.

Der Bieter hat auch nach Beendigung der Angebotsphase über die ihm im Rahmen der Angebotserstellung bekannt gewordenen dienstlichen Angelegenheiten Verschwiegenheit zu



wahren. Er hat dazu auch die bei der Angebotserstellung beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu verpflichten.

Der Bieter hat alle bei der Erstellung des Angebotes bekanntwerdenden Tatsachen, Angaben, Umstände und Ergebnisse Dritten gegenüber geheim zu halten, soweit ihn die ausschreibende Stelle nicht in schriftlicher Form davon entbindet. Dies gilt auch für die Zeit nach Beendigung des Vergabeverfahrens.

Für den Zeitraum des laufenden Vergabeverfahrens sind im Zusammenhang mit der vorliegenden Ausschreibung keine öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen des Bieters gestattet.

### **13. Angebotswertung**

Die Prüfung und Wertung der Angebote erfolgt gemäß §§ 56 Abs. 1, 57 Abs. 1 VgV.

Zu Beginn werden die Angebote auf formelle Mängel geprüft. Anschließend erfolgt die Prüfung der Eignung des Bieters und der Ausschlusskriterien.

Mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe ist ein vollumfängliches Angebot abzugeben.

Aus den vollständigen und verwertbaren Angeboten wird die wirtschaftlichste und sowie konzeptionell am besten geeignete Lösung vom Auftraggeber mittel der Bewertungsmatrix ermittelt. Die Leistung eines Bieters wird anhand der in den eingereichten Unterlagen getätigten Angaben des Bieters bewertet.

Der Zuschlag wird gemäß § 58 Abs. 1 VGV auf das Angebot mit der höchsten Punktzahl erteilt.

#### **Zuschlagskriterien sind je Los:**

- |   |                           |
|---|---------------------------|
| A | Preis/Gewichtung: 35 %    |
| B | Konzepte/Gewichtung: 65 % |

#### **A Zuschlagskriterium „Brutto-Gesamtangebotspreis“**

Das Zuschlagskriterium "Brutto-Gesamtangebotspreis" wird mit 35 % berücksichtigt. Zur Abgabe des preislichen Angebots ist das Preisblatt auszufüllen, das sich am Ende dieser Leistungsbeschreibung befindet. Die Vorgaben der Leistungsbeschreibung dürfen nicht verändert werden. Es ist ausschließlich ein Pauschalpreis an der vorgegebenen Stelle einzutragen. Für die Leistungserbringung ist ausschließlich dieser Preis maßgeblich. Also entfällt auf das Angebot mit dem niedrigsten Angebotspreis (A) die Preis-Maximalpunktzahl von 350 Punkten. Bei allen anderen Angeboten wird von der Preis-Maximalpunktzahl (350 Punkte) eine Differenzpunktzahl abgezogen (Punktabzug), die ihrer prozentualen preislichen Abweichung zum günstigsten Angebot entspricht. Folgende Berechnungsformeln werden angewandt:

$$\text{Abweichung [in \%]} = \frac{(\text{Angebotspreis des zu wertenden Angebots [in EUR]} * 100)}{(\text{Angebotspreis des günstigsten Angebots [in EUR]})} - 100$$

$$\text{Punktabzug [in Punkten]} = \frac{350 \text{ Punkte} * \text{Abweichung [in \%]}}{100}$$

$$\text{Punktzahl Preis des zu wertenden Angebots} = 350 \text{ Punkte} - \text{Punktabzug [in Punkten]}$$

Eine Punktzahl von 350 entspricht dabei dem Bestwert. Diese erhält der günstigste Bieter. Derjenige, der den doppelten Preis (und mehr) des preisgünstigsten Bieters anbietet, erhält 0 Punkte. Diese Methode zur Ermittlung der Rangfolge der Angebote in preislicher Hinsicht bildet nach Auffassung des Auftraggebers die Wirtschaftlichkeitsunterschiede angemessen ab.

## **B Weitere Zuschlagskriterien – Konzepte**

Es werden die Qualität und Funktionalität bezogen auf die konkrete Auftragsdurchführung bewertet, indem Konzepte zur Durchführung der Betreuung abverlangt und bewertet werden. Die Bewertung erfolgt in einem Kontinuum von 10 Punkten für die sehr gute Erfüllung eines Kriteriums, bis zu 0 Punkten für die ungenügende Erfüllung eines Kriteriums. Die mangelhafte Erfüllung wird mit ein bis zwei Punkten bewertet, die ausreichende Erfüllung mit drei bis vier Punkten, die befriedigende Erfüllung mit fünf bis sechs Punkten, die gute Erfüllung mit sieben bis acht Punkten und die sehr gute Erfüllung mit neun bis zehn Punkten.

Die Bewertung erfolgt gemäß den nachfolgenden Kriterien:

- Sehr gut – eine besonders hervorragende Erfüllung der Auswahlkriterien (9 – 10);
- Gut – eine erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegende Erfüllung der Auswahlkriterien (7 – 8);
- Befriedigend – eine Erfüllung der Kriterien, die in jeder Hinsicht durchschnittlichen Anforderungen entspricht (5 – 6);
- Ausreichend – eine Erfüllung der Kriterien, die trotz ihrer Mängel durchschnittlichen Anforderungen noch entspricht (3 – 4);
- Mangelhaft – eine an erheblichen Mängeln leidende, im Ganzen nicht mehr brauchbare Erfüllung der Kriterien (1 – 2);
- Ungenügend – eine völlig unbrauchbare Erfüllung der geforderten Kriterien (0).

Die Ergebnisse bei den einzelnen Zuschlagskriterien werden anhand der vorgegebenen Gewichtung zu einer gewichteten Gesamtpunktzahl für den Bieter verrechnet

Anhand der für das Konzept nach obigem Schema erreichten Bewertungspunktzahl (0 – 10 Punkte) wird unter Zugrundelegung der Gewichtung die gewichtete Punktzahl ermittelt. Bei der bestmöglichen Bewertung mit 10 Punkten wird eine gewichtete Punktzahl von 100 Punkten erreicht werden. Bei einer niedrigeren Bewertungspunktzahl wird eine im Verhältnis hierzu niedrigere Punktzahl erreicht. Folgende Berechnungsformel wird angewandt:

$$\text{Punktzahl} = \frac{100 \text{ Punkte} * \text{erreichte Punktzahl}}{10}$$

Für weitere Einzelheiten wird auf die Leistungsbeschreibung verwiesen.  
Das jeweils wirtschaftlichste Angebot ist, welches in Summe der bewerteten (jeweils gewichteten) Zuschlagskriterien die höchste Gesamtpunktzahl (der gesamten Kommission) erhält.

Anschließend werden die erreichten Punktzahlen (der einzelnen Mitglieder der Bewertungskommission) zu einer Gesamtpunktzahl addiert.

Erhalten zwei Angebote die gleiche Gesamtpunktzahl, wird der Zuschlag auf das günstigere Angebot erteilt.

Der Auftraggeber wird eine Bewertungskommission mit mindestens drei Personen einsetzen. Die Mitglieder der Bewertungskommission arbeiten mit einheitlichen Bewertungsbögen. Die Bewertung erfolgt individuell durch jedes einzelne Mitglied. Die Punktevergabe pro Kommissionsmitglied wird addiert dann durch die Anzahl der Kommissionsmitglieder geteilt.

## **14. Vergabe in Losen**

Es erfolgt eine Aufteilung der Vergabe in zwei Losen.

### **Los 1 – Betriebsärztliche Betreuung**

### **Los 2 – Sicherheitstechnische Betreuung**

## **15. Aufwandsentschädigung**

Für die Teilnahme am Vergabeverfahren und die Bearbeitung der Angebote wird den Bietern keine Aufwandsentschädigung gewährt.

## **16. Rückgabe von Unterlagen**

Es ist nicht vorgesehen, die Angebote an die Bieter zurückzugeben. Sämtliche Unterlagen der Angebote werden Eigentum der ausschreibenden Stelle. Sie werden nur zur Auswertung und Entscheidung über die Angebote verwendet, es sei denn, die Unterlagen werden für ein Nachprüfungsverfahren von der Vergabekammer abgefordert.

## **17. Vergabenachprüfungsverfahren**

Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren ist die

**Vergabekammer des Landes Sachsen-Anhalt**

**Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt**

## **1. und 2. Vergabekammer**

**Straße:** Ernst-Kamieth-Straße 2  
**PLZ/Ort:** 06112 Halle (Saale)  
**Telefon:** +49 (0) 345 514-1529 u. -1536  
**Telefax:** +49 (0) 341 514-1115  
**E-Mail:** [vergabekammer@lvwa.sachsen-anhalt.de](mailto:vergabekammer@lvwa.sachsen-anhalt.de)

Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Abs. 6 GWB durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

Der Antrag ist unzulässig, soweit

- der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB bleibt unberührt,
- Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Abs. 1 Nr. 2 GWB. § 134 Abs. 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.

### **Kenntlichmachung der Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse**

Die Verfahrensbeteiligten bei Verfahren vor der Vergabekammer haben nach dem GWB gegebenenfalls Anspruch auf Akteneinsicht. Gemäß § 165 Abs. 1 GWB besteht die Möglichkeit, Abschriften zu erhalten.

Einsicht in die Vergabeunterlagen hat die Vergabekammer gemäß § 165 Abs. 2 GWB zu versagen, wenn dies aus wichtigen Gründen, insbesondere des Geheimschutzes oder zur Wahrung von Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen geboten ist.

Jeder Beteiligte hat mit Übersendung seiner Akten oder Unterlagen und Stellungnahmen auf die Wahrung von Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen hinzuweisen und diese entsprechend kenntlich zu machen, § 165 Abs. 3 GWB.

Erfolgt keine Kenntlichmachung, kann die Vergabekammer von der Zustimmung auf Einsicht ausgehen

Arbeitsmedizinische und arbeitssicherheitstechnische  
Betreuung von Landesbediensteten an Schulen in  
öffentlicher Trägerschaft im Land Sachsen-Anhalt